

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73706](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73706)

# Der Ammerländer

(Hornspecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,02 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren: für die einseitige Kleinzeile (ober oder unten) für Antragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile. **Anzeigen-Entnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag;** größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorchriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 220.

Weiterstede, Sonnabend den 20. September 1919.

59. Jahrgang.

## Was geht in Pommern vor?

Ein viel zitiertes Wort, das der ehemalige sozialistische Abgeordnete Gabor im Reichstag vor Berlegenheit floskelnd und floternd prägte, kam heute wiederholt wieder: „Es geht etwas vor, man weiß nur nicht was.“ In der Presse der Rechten und Linken findet man kurze Andeutungen über politische Vorgänge im schönen Pommernlande, die etwas alarmierend klingen. Der Vormärts berichtet geheimnisvoll, daß die Lage in Pommern sich verschärfe. „Aus der Weigerung gewisser Grundbesitzer, die Anforderungen des Landwirtschaftsministers über die Tarifverträge einzufügen, können möglicherweise Komplikationen entstehen.“

Ein wenig Licht in diese Andeutungen bringt eine Aufschrift, die uns gestern aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium zugeht. Das Organ des Bundes der Landwirte hatte dem Landwirtschaftsminister ein gelegentliches Vorgehen vorgezogen, weil er wiederholt die Anstellung und Entlassung aller wichtigen Beamtengruppen der Landwirtschaftskammern von seiner Genehmigung abhängig machte. Daraus erwierte das Ministerium:

„Wenn auch das Kammergesetz vom 30. 6. 1894 eine derartige Befugnis der Ministerialämtern nicht vor sieht, so ist unter den veränderten Verhältnissen ohne weiteres darauf zu halten, daß die Gewalt- und Amtshandlungsbefugnisse der Landwirtschaftskammerbeamten sehr ungleich geregelt waren, so daß es aus Verlangen der Erhaltung einer befreundeten Beamtenliste geboten erschien, auf eine möglichst einheitliche Befugnis hinzuwirken. Trotz der drückenden Lage, in der sich ein großer Teil der Beamten befindet, ist doch ein sehr bedeutender Anteil an Beamten für die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten auf die Tätigkeit der Kammerbeamten, Tierärztinspektoren, Saatgutinspektoren, Wasserbauinspektoren und Wanderlehrer zurückzuführen. Managen hatte der Staat z. B. im niederen Sachschulwesen, obwohl er zu den Unterhaltungsstellen den verhältnismäßig größten Anteil beitrug, keinen Einfluß auf die Anstellung, Umbildung und Beförderung der Beamten. Dazu kommt, daß in der letzten Zeit Entlassungen von Kammerbeamten vorgenommen waren, für die sachliche Gründe nicht vorliegen und die von den Betroffenen als politische Maßregelungen empfunden worden mußten. Wie die Förderung der Landwirtschaft aber heute nicht mehr die Sache eines einzelnen Berufes, sondern des ganzen Volkes ist, war es notwendig, in dieser Richtung grundsätzlichen Wandel anzuschließen, was durch das Vorgehen der Landwirtschaftsminister als Ministerialamt zu erreichen ist. Von einer Unbilligkeit kann da, wo moralisch-politische Gründe sprechen, nicht wohl die Rede sein!“

Noch tiefer liegt der Gegensatz zwischen der Regierung und den führenden Kreisen der Landwirtschaft in der Frage der Neu- und Umbelegung einzelner Regierungsämter, besonders der Landratsämter. Hierzu äußert sich ein rechtsstehendes Blatt:

„Um ein Gegenmittel gegen die Profetisierung der Verwaltungsbehörden zu schaffen, haben sich Landwirte und auch sonst vaterländisch gesinnte Kreise zur Selbsthilfe entschlossen, indem sie ihrerseits für die politische Organisation Verwaltungsstellen anstellen, die die Landräte allen Schattens zu ersetzen geeignet erscheinen. Die neuzeitlichen Gewerkschafts-Räte werden dadurch in ihrer Tätigkeit erheblich erleichtert, was ihnen um so erwünschter erscheinen wird, weil sie nach ihrer und auch der Regierung Auffassung als Landräte in weitaus erster Linie die Stellung als sozialdemokratische Karicaturen ausfüllen müssen. Das die idiosyncrasie Wirtschaft, die jetzt bei der Besetzung höherer und höherer Verwaltungsstellen betrieben wird, in naher Zeit zum Zusammenbruch des neuen Verwaltungssystems führen muß, unterliegt nicht dem mindesten Zweifel.“

Dies finden die Regierungsgegner Sülke und Zustimmung in Kreisen, die gewöhnlich mit ihnen nicht an einem Strang zu ziehen pflegen: in der demokratischen Partei. Eines der führenden Blätter dieser Partei wendet sich sonst mahnend an die Regierung, bei der Neu- und Umbelegung von einflussreichen Ämtern zweckmäßiger zu verfahren. Ernennungen von Partei- und Gewerkschaftsführern zu Landräten, Polizeis-, Regierungs- und Oberpräsidenten seien jetzt an der Tagesordnung. Und nun fährt das Blatt fort:

„Bei aller Nachsicht, die man der Übergangszeit anbilligen wird, muß man sich fragen, ob dieses Schicksalvergehen über hochamtliche Vorsetzungen auf die Dauer haltbar ist. Wir denken, es seien die vom Reichsfiskus bereit in seiner proximalen Hilfe vor der Nationalversammlung verordnete Anstalt, daß politische Bestimmungsfähigkeit für einen höheren Amtsposten nicht genügt, am allerersten in einem wirtschaftlich und verwaltungsmäßig komplizierten Geschäft, zu dem das avanzierte Jahrbundert den Staat gemacht hat. Hier kann von einer berufsmäßigen Ausbildung — hier und großzügiger allerdings als bisher — nicht abgesehen werden.“

Man sieht, daß beide Wege zu dem gleichen Ziele führen, der Weg von rechts wie der Weg von links des Rückwärts. Beide Richtungen fordern, daß es anders werde in der Besetzung von Beamtenstellen. Dann wird es nicht kosten es, auch die politische Lage in Pommern klären und — bessern.

### Außerordentlich ernste Lage.

Von offizieller Seite verlautet: In Pommern haben sich gewisse Grundbesitzerkreise gewendet, die Anforderungen des Landwirtschaftsministers über die Tarifverträge einzufügen. Wie wir hierzu von zuständiger Stelle erfahren, verfährt sich der Widerstand von Stunde zu Stunde. Die Lage wird in Berlin als außerordentlich

ernst angesehen. Der Drohung der Landwirte gegenüber, die Lieferungen von Getreide einzustellen, wird amtlich nochmals darauf hingewiesen, daß natürlich die Befriedigung unterer Volksnahrung unter keinen Umständen zugelassen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden würde. Es sind auch diesmal wieder dieselben pommerschen Kreise, in denen in der letzterzeit der Landarbeiters- ausland a Schroden waren.

## Die Militärbewegung im Baltikum.

Entwicklungen des Vormärts. Ein aus dem Baltikum zurückgekehrter Genosse berichtet dem Vormärts, daß die dortige „Militärbewegung“ trotz des von der Regierung beschlossenen Abzuges rasch anwuchs. Bis zum 10. September trafen täglich aus Deutschland zahlreiche Offiziere und Mannschaften ein, die in die Formationen eingereiht wurden. Die Leute werden in Deutschland erworben und von zahlreichen Agenten, die fast durchweg Offiziersuniformen tragen, mit gefälligen Umrissen versehen. Diese Vererber haben unangefüllte Umrissbeine bei sich, die sie nach Bedarf ausfüllen, um den Gebornenen eine Ankreise nach Russland zu ermöglichen. Wenn die e Neubouländer in den Grenzorten angehalten werden, finden sich kundige Führer, die sie zu Fuß über die Grenze geleiten. Der betreffende Genosse wurde selbst mit 50 Mann in Litau angehalten. Von einem sich dort aufhaltenden Offizier erhielten sie Instruktion und einen Führer, der sie aus dem Lager über die Grenze schaffte. Die Grenzposten kümmerten sich nicht um sie und waren anscheinend „auf instruiert“. In Russland sind selbst die kleinsten Orte ungenügend stark mit Truppen besetzt. Unter Gebirgsführern behauptet, daß während des Krieges dort nicht zahlreichere Einquartierungen gelegen hätten als jetzt. Das Städtchen Kaunite sei mit Soldaten überfüllt. Aus der Tendenz der Mitteilungen macht man dort kein Geheimnis mehr. In der dortigen Schiedsliste beim Stabe des Kapitän Stöber von der 2. Infanteriebrigade der Baltischen Landwehr prangen große Mafats, die zeigen, daß man kämpfe für das Kaiserreich gegen die Demokratie und sollte dieser letzten als schuldig sein. Der Abzug dieses Kapitän's dürfte unübersehbar, daß man das Risiko mit seinen Soldaten niederzuliegen werde. Dies ist leicht, da man genug Freunde bei den Rotstruppen habe. Man werde die verdammte demokratische Regierung mit all ihren Taten verfolgen und für die nötigen Vorgehen sorgen. Das Kaiserreich werde dann wieder aufgerichtet, und dann sollen die Sozialdemokraten leben, wie die Deutschen Ordnung machen. Das man beabsichtigt, im gegebenen Moment gegen die deutsche Regierung zu Felde zu ziehen, zu ziehen — so behauptet unter Gebirgsführern — in Bausse und Witau die Spaten von den Dächern. Um nicht vorzeitig offen Farbe bekennen zu müssen, löse man einzelne Formationen zum Schein aus. In Wahrheit überführe man diese aber mit ihrem gesamten Bestand an Mannschaft und Material zur „Kaiserlich-Ärmee“.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Reichsregierung und Pressefreiheit. Von ausländischer Seite wird erklärt, daß das Kabinett im Begriff ist, sich mit der Art und Weise der Anordnung von Zeitungs- verboten zu beschäftigen, die selbstverständlich nur dann in Frage kommen, wenn sie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit unbedingt geboten erscheinen. Die Reichsregierung beabsichtigt, dem Interesse der Zeitungen Rechnung zu tragen, indem sie sich wegen der Regelung der Frage mit den berufenen Pressevertretungen ins Benehmen setzen will.

Erneute Angriffsgelüste der Polen. Aus verschiedenen Grenzorten, insbesondere aus Petrowitz, laufen Nachrichten ein, nach denen in den nächsten Tagen mit neuen polnischen Angriffen zu rechnen ist. Zwischen Petrowitz und Freilicht sind erhebliche polnische Verstärkungen im Anrollen. Die im Schloß Groß Gorchich zurückgebliebenen Mitglieder der Entente-Kommission beklagen täglich die Grenzorte und informieren sich eingehend über die Verhältnisse der Bevölkerung und ihre Haltung gegenüber den Grenzschutzwachen. Auch richten sie ihr Augenmerk darauf, ob diese Grenzschutzwachen mit irgendwelchen inaktiven Mitteln in Verbindung stehen.

Wieder ein Ententeultimatum. Wie aus Paris verlautet, wurde Marshall Foch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Litauen zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird, und die es unverzüglich zurücknehmen müsse.

### Frankreich.

Die Entente räumt Litauen. Der Oberste Rat hat im Ratier Kriegsministerium in Anwesenheit von Clemenceau, Lloyd George, Foch, Tilton, Foch und anderen einstimmig beschlossen, Litauen zu räumen und es der russischen Regierung zu überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, doch so, daß dabei die Interessen der Nachbarbevölkerung berücksichtigt werden. Die Völkse-

puten haben versprochen, alle Schuldverhältnisse Litauens zu erfüllen.

### Großbritannien.

Loosungsbesprechungen in Südafrika. Seit dem Abbruch des Waffenstillstandes macht sich eine weitverbreitete Strömung unter den südafrikanischen Nationalisten bemerkbar, eine Loosung von England zu verlangen. Bei der kürzlichen Abnahme Deutsch-Südwestafrikas durch die südafrikanische Union richtete Smuts die direkte Frage an den General Gertson, den Führer der nationalen Partei, ob die Partei darauf hinwirken wolle, die Verbindung mit England abzulösen. Gertson erklärte da an, die Entscheidung darüber liege nur dem Kongress in. Nur eine Resolution sei imstande, das Verhältnis zwischen Südafrika und England zu ändern.

### Polen.

Politischer Sieg über die Volkshewissen. Im Zentrum ihrer Front gegen die Volkshewissen haben die Polen offenbar einen entscheidenden Einschnitt erzwungen. Die ihnen die große Strafe nach Moskau ist. Nachdem der Überzeugung über die Befreiung bei Warschau erzwungen war, nahm die Infanterie die Stadt durch Sturm, während die Kavallerie auf die hinteren Verbindungen des Feindes in der Richtung Orsa herort, den Feind von der großen Straße abdrängte. Die rote Armee floh in großer Vermirung und ist, nachdem sie alles Material verloren hat, nicht mehr imstande, die Straße nach Moskau zu vertheidigen. Das unmittelbare Ziel der Polen ist der Lauf des Dniestr und die Besetzung der wichtigen Eisenbahnlinie, die sich am rechten Ufer des Flusses entspannt. Günstig die Bemerkung, so muß sich die rote Armee auf dem ganzen Abschnitt zurückziehen.

### Russland.

Friedensverträge an Litauen und Finnland. Die Litauer und die finnische Regierung haben von der Sowjetregierung ein Friedensangebot bekommen. Litauer ist in Bezug auf die Randfragen keine angenehme Person, die sich auf die Randfragen bezieht. Er beabsichtigt, daß die Friedensverhandlungen mit der finnischen Regierung schon begonnen haben. Die Nachrichten von den Friedensangeboten an die Randfragen werden jetzt immer mehr dahin gehend, daß die Sowjetregierung für eine kritische Zeit, die der Winter für sie sein würde, sich eine Erleichterung leisten will.

Die Eroberung von Dössa. Die russische Telegraphenagentur erhält über Konstantinow einen Bericht über die Einnahme von Dössa, demnächstige Moskwa nach der Räumung der Stadt ein kurzes Aufsehen erregendes. Mehrere hundert Personen wurden erschossen. A. E. Petrenko, Silber, Gold und Juwelen sowie die Bekannte der 2. Anten ließ Moskwitsch von Dössa nach Moskau bringen. In den letzten Tagen der Belagerung wurden in Dössa für ein Programm zum genießbaren schwarzen Rot zwanzig Kubel geordert und bezahlt.

### Litau und Ausland.

Der frühere Reichstagsabgeordnete und bekannte Kommunistenführer Otto Nöhle wird von der litauischen Regierung festlich empfangen, weil er durch Vorträge und Schriften den Ehre der Regierung bezieht. London. Der Bericht man, daß Lord George Francis nicht verläßt, bevor er nicht die Entlassung eines offiziellen Einladungs an Holland zur Auslieferung des deutschen Kaisers veranlaßt habe.

Weg unter verschärftem Belagerungszustand. Karlsruhe. Aber Weg wurde abermals der verschärft Belagerungszustand verhängt. Bahnhof und öffentliche Gebäude sind militärisch besetzt.

### Baderewitz besetzt auf Danzig.

Warschau. Ministerpräsident Baderewitz besetzte gegenüber einem Pressevertreter, daß von der Entente an den litauischen Staat über drei Millionen in einem zusammenhängenden Block bewohnende Deutschen zu geben werden, daß also den Polen doch die 150.000 Deutschen von Danzig ebenfalls hätten gegeben werden können.

### Callaux vor dem Ausnahme-ericht.

Paris. Der frühere Minister Callaux wird unter der Beschuldigung eines Verstoßes gegen die äußere Sicherheit Frankreichs und des Verrats an dem Vaterland vor ein Ausnahme-ericht gestellt werden. Augenblicklich befindet er sich in einem Sanatorium.

### Englands künftige Wirtschaftsprogramm.

London. Wie die Daily News bekanntlich, will die Regierung die Wirtschaft des Landes neu organisieren und die Arbeiter ein Mitspracherecht bei Festlegung der Arbeitsbedingungen gewähren. Ferner sollen die Verordnungen verstaatlicht und die Einfuhr von 1. November ab freigegeben werden. Eine Arbeitskommission des Reiches durch deutsche Waren soll allerdings verhindert werden.

### Nationalisierung der russischen Bergwerke.

London. Der Arbeiter-Bund wird im Verein mit der Zeitung der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Kommission des Gewerkschaftsverbandes im ganzen Lande eine Verlesung zugunsten der Nationalisierung der Kolanderbergwerke beginnen.

### Wladimir der finnischen Nacht.

Stockholm. Dem Ministerium des Äußeren wurde von französischer Seite erklärt, daß die Wladimir der finnischen Nacht tatsächlich aufrechterhalten wird. Die französischen

Schiffe hindern alle nach Petersburg fahrenden Schiffe, den Weg zu nehmen.

**Verstärkung des Friedensvertrages.**

**Neuhort.** Der „Memorandum“ meldet, daß die den Friedensvertrag betreffende Verhandlung im Senat sehr langsam fortgeschritten. Es wird erwartet, daß die endgültige Zustimmung nicht vor dem 15. Oktober stattfinden wird.

**Erklärung des Friedenszustandes.**

**Washington.** Der Abgeordnete Mason habe eine Entschließung eingebracht, in der erklärt wird, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der Welt der Friedenszustand besteht.

**Verschiedene Meldungen.**

**Waldeburg (Schl.).** Die Arbeiterchaft der hiesigen Fabrik hat beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen und den Widerstand gegen die Einwohner mehr aufzugeben.

**Konstantinopel.** Die Hapellinie hat ein neues Flugschiff, das die Fahrt Berlin-Friedrichshafen in vier Stunden zurücklegen soll.

**Washington.** Es steht nunmehr fest, daß sich im Senat keine Möglichkeit für ungewandelte Annahme des Friedensvertrages findet.

**Paris.** Den japanischen Vätern zufolge haben die Vereinigten Staaten Japan aufgefordert, einen endgültigen Beitritt für die Rückgabe Kwantchous an China zu bewilligen.

**Die Aufstellung der Türken.**

**Frankreichs Anteil.**

„Tempo“ teilt mit, daß zwischen Clemenceau und Lloyd George über die militärische Besetzung der Levante ein Abkommen getroffen wurde. Britische Truppen müssen bis zum 1. November alle Gebiete nördlich der Grenze zwischen Syrien und Palästina räumen, da diese Grenze nur provisorischen Charakter habe und geändert werden könne, wenn die Friedenskonferenz endgültig über die politische Organisation der Levante entschieden werde. „Tempo“ sagt, es scheint nicht, daß der Besitz von Mosul in die Regionen inbegriffen sei, in denen Großbritannien aufsteht, für die Wahrung der Ordnung verantwortlich zu sein. Ferner sei beschlossen worden, daß die vier Städte Damaskus, Aleppo, Hama und Homs nach dem Abzug der britischen Truppen nicht von französischen Truppen besetzt werden, da sie sich in der Zone befinden, in der nach dem englisch-französischen Abkommen von 1918 die Errichtung eines arabischen Staates oder einer Vereinigung der arabischen Staaten vorgezogen sei. Rücksichtnehmend aber müsse in Zukunft die arabische Macht Mischlinge und Unterstützung nicht mehr von der britischen, sondern von der französischen Regierung für diese Gebiete verlangen. Unter den Gebieten, aus denen die britischen Truppen zurückgezogen werden müßten, befinden sich auch Ägypten, wo sich bereits französische Truppen sowie eine französische politische Mission befinden.

**Unsere Kriegsgefangenen.**

Was Major Draud erfahren und gesehen hat.

In einer Unterredung äußerte sich Major Draud, der deutsche Kommissar für die Kriegsgefangenen, über seine Eindrücke von seinem Besuch in den englischen und französischen Gefangenenlagern. Er erklärte, in materieller Beziehung liege kein Grund zur Beunruhigung vor. Die Gefangenen seien gesund und gut ernährt. Sie erhielten einmal täglich Fleisch in ausreichendem Maße, auch die Brotration müßte als genügend bezeichnet werden. Die Kantinen, die unter Verwaltung deutscher Gefangenen ständen, würden hinreichend besetzt.

Nicht so gut sei es um die seelische Verfassung der Gefangenen bestellt. Fast immer könne das Gesicht einer hohen Materie bestes Spiegelbild werden, und die Sorge um die Heimat drückte viele nieder.

Die Zusammenarbeit mit den französischen Bauern in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs gehe im Allgemeinen einträchtig von sich. Die gemeinsame Arbeit bringe sogar ein gewisses völkerverbindendes Moment zwischen Franzosen und Deutschen, das für die spätere Zusammenarbeit nur nützlich sein könne. Die Mitteilung der baldigen Rückkehr sei natürlich dasjenige, auf was die Gefangenen am meisten hoffen. Die Nachricht, daß der Transport zum Teil bereits begonnen habe, habe auf die Gefangenen außerordentlich beruhigend gewirkt.

**Aus der Heimat — für die Heimat.**

Westerstede, den 19. September 1918.

—\* Wetterausichten für Sonnabend, 20. September: Vorwiegend wolfig, teils trübe, ziemlich kühl, Niederschläge.

— Herr Kataster-Mittent Klippert hier hat den Titel Kataster-Sekretär erhalten.

— Von einer sehr ergiebigen Haselnuthe in diesem Jahre wird allgemein berichtet. Einige Sträucher haben außerordentlich reich angelegt, so findet man im Garten des Herrn Karl Polat hier Trauben (Düweln) von 18 bis 20 Kuffen.

— Zu dem heutigen Schweinemarkt waren 126 Ferkel an gebracht. Da der Handel sich nur langsam gestaltet, blieb ein Ueberfluß. Sechswundertel bedangen 55—70 Mark. — Der nächste Schweinemarkt beginnt um 8 Uhr morgens.

— (y) Am 16. und 17. ds. Mts. fanden in den einzelnen Gemeinden des Amtsbezirks die Hauptkämpfe der Ziegenböcke statt. Der Kraftmangel trat bei manchem Züchter sehr zu tage. Auch ist infolgedessen die Erhaltung der Zucht recht schwierig gewesen, da viele Tiere nach beendeter Deckzeit eingingen. Die Staatsregierung hat die volkswirtschaftliche Tätigkeit der Ziegenzuchtvereine dadurch voll gewürdigt, daß sie dem Verband der Oldenburgischen Ziegenzuchtvereine größere Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, um die Ziegenzucht wieder auf die alte Höhe zu bringen. — Das Kör-Ergebnis war folgendes: für Edemstedt wurde 1 Bock angeführt, 1 abgeführt und 1 vorläufig zurückgestellt; für Zwischenahn wurden 3 Böcke angeführt; für Apen wurden 2 Böcke angeführt und 1 abgeführt; für Westerstede wurden 5 Böcke angeführt. Außerdem steht für die Gemeinde Westerstede die Wiedereinrichtung eines Deckstandortes in Halsbek in Aussicht, was unter den beteiligten Ziegenzüchtern zweifellos Freude erregen wird.

n) Am vergangenen Sonntag hielt der Imvererier für das Ammerland in seinem Vereinslokal eine Hauptversammlung ab, welche sich eines zahlreichen Besuchs erfreute. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Hausmann W. Fülmer aus Comberode, erhielt der Geschäftsführer das Wort zum Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Delegierten-Versammlung des Oldenburgischen Bienenzüchters-Vereins.

Der Bericht führte aus: Ein Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Festlegung einer neuen Satzung des Zentral-Vereins, welche u. a. eine Erweiterung der Zahl der Mitglieder des Vorstandes um je einen Vertreter aus den Landesteilen Jeverland, Münsterland, Weiermark und Oldenburg Geest ins Auge faßte. Die ganze Satzung wurde schließlich angenommen und beschlossen, dieselbe vorläufig nicht in Druck legen, sondern auf andere Weise veröffentlicht zu lassen und dann den Einzelvereinen zuzustellen.

Der Zentral-Verein hat noch einige wenige Wünsche hinsichtlich der Verfügung, welche in erster Linie an diejenigen Kriegsteilnehmer herausgibt werden soll, deren Bienstand während der Kriegszeit zurück gekommen ist, und die nun beabsichtigen, ihn wieder auf die alte Höhe zu bringen. Der dem verbleibende Zuckerteil ist auf die übrigen Bienenzüchter gleichmäßig zu verteilen. Als Höchstpreis für Honig wurden die örtlichen Butterpreise hingestellt.

Die Sonntagsfeierpflicht derjenigen Bienenzüchter, welche Züchter zur Bienenzüchter erhalten haben, befindet sich vorläufig auf diejenigen, welche im Jahre 1918 ihrer Ablieferungspflicht nicht oder nicht voll genügen konnten. Der Sonntagsertrag beträgt 3 Mark bis zum Pfund. Dies ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber denjenigen Imkern, welche im vorliegenden Jahre ihrer Ablieferungspflicht trotz der schlechten Ernte nachkommen sind. Der Jahresbeitrag der Einzelvereine zur Zentralvereinskasse beträgt für 1920 20 Pfg. für das Mitglied. Weiteres ist nicht zu berichten.

Eine Umfrage nach dem Ausfall der diesjährigen Honigernte ergab, daß eine Mittelernte eingetreten ist. In Aussicht genommen. Es wurde noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das gesamte erzeugte Wachs beschlagnahmt und an die hies. Sammelstelle (bei Herrn Joh. Dierks) abgeliefert ist.

— Auf der Rampe des hiesigen Bahnhofes war heute ein sehr reger Betrieb. Den Viehhändlern Gebrüder Polat hier wurden aus dem hiesigen Amtsbezirk eine große Anzahl erstklassiger Füllen angeliefert, die logisch in 2 Ladungen weiter nach Sachsen verandt wurden.

— (g) **Gornhof.** Am Sonntag, den 21. Sept., soll hier befanntlich ein Sportfest stattfinden, zu dem auch der Sport-Verein Westerstede seine Mitwirkung versprochen hat. Neben Geräturnen werden noch einige Wettspiele, wie Schleuderball usw., ausgeschrieben werden. Mögen die Vorführungen einen jeden erkennen lassen, daß es dem hiesigen Sport-Verein, der u. a. auch mit dazu beitragen will zur Hebung und Würdigung der allmählichen Volksspiele, Kooftspiele und Booseln, wirklich Ernst ist mit seinen gemeinnützigen Bestrebungen. Dann wird sein erstes Sportfest ferneres Blüten und Gedeihen des jungen Vereins verbürgen. Dazu trage jedes Mitglied nach besten Kräften bei!

— **Bad Zwischenahn.** Vor Jahren war für den Ort ein besonderer Ausschuß für die Wegeinstandhaltung eingesetzt, der dafür zu sorgen hatte, daß die Straßen Sonnabends gut gesäubert sein müßten, der notwendige kleinere Verbesserungen ohne Störungen auf eigene Verantwortung hin veranlassen konnte usw. Nun ist vor einiger Zeit wieder ein solcher Ausschuß eingesetzt worden, der dieselben Befugnisse hat. Wie man merkt, hat er schon Erfolg erzielt. Es kommt nun darauf an, daß der Eifer von Bestand bleibt. Beim früheren Ausschusse machte man die Erfahrung, daß nach dem ersten Strohfeuer ein langames Verlöschen eintrat. — Auf dem Schlachthof in Oldenburg finden zur Zeit die Nachprüfungen der Fleischbeschauer statt. Von drei zu drei Jahren soll das geschehen. Die letzte Prüfung war im Jahre 1911. Die Kriegsjahre haben die Ausführung der im Jahre 1914 fälligen Prüfung verzögert. Nun wird das nachgeholt. Aus unserer Gemeinde sind 2 am ersten Kurus beteiligt, ein anderer kommt im Laufe des Jahres noch dazu. Für den Bezirk Helle-Emendorf, der 2 Jahre verwaht war, ist nun wieder ein Fleischbeschauer angestellt.

— **Apen.** Die Gemeinderatsmitglieder werden auf Freitag den 26. September, nachmittags 5 Uhr, nach Behrens Gathhof hier zusammenberufen. (Tagesordnung siehe betreffende Anzeige.)

— **Apen.** Am 18. ds. Mts. verkaufte die Witwe N. Kroon hierseits ihren zu Hengsthorferfeld belegenen Grundbesitz: 1) 1,74,34 Hektar an den Landwirt Chr. Ufens in Apenmarfch für 10500 Mark; 2) 1,40,76 Hektar an den Kaufmann J. H. Tebbe hierseits für 9500 Mt.

— **Apen.** Am nächsten Sonntag findet hier eine Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins Ammerland statt, die für die ammerländischen Landwirte ein besonderes Interesse hat. Es wird geplant, für das Ammerland einen Saubauberein zu gründen, und Herr Direktor Boeker-Wake, eine Autorität auf dem Gebiete der Pflanzenzüchtung und selbst ein erfolgreicher Pflanzenzüchter, wird einen Vortrag halten, der beide Gebiete, Pflanzenzüchtung und Saubauberein, eingehend behandelt. Der geplante Verein wird sich nicht allein mit Züchtung, Veredelung und Vertrieb von Getreide, Kartoffeln sondern auch von Gemüse und Obstfrüchten befassen, so daß auch kleinere Betriebe ein Interesse an der Gründung haben. Vor allem sollten die jüngeren Landwirte vollständig an der Versammlung teilnehmen, sie werden ja nach den meisten Nutzen von der Saubaubauch haben.

— **Oldenburg, 18. September.** Die frühere französische Regierung Zöller der Republik Birkenfeld ist in ihrer Gesamtheit nach Voßringen geflohen.

**Ein Mann von Eisen!**

Roman von Erich Oberstein.

(Nachdruck verboten.)

221

Mor Sieberts Blick hina kammand an ihm. Mit leise gurrendem Tadel sagte sie: „Sie sind föhlich in ihrer erhabenen Unerbittlichkeit, Herr Doktor! Es fehlt Ihnen zum alten Mäner nur die Krone. Ich glaube, Sie zu der Schwelgerei und Wüßerei Ihrer Übergangung aufen und selbst Ihre Eltern zur Scheidung zwingen, wenn sie sich einmal trauen!“

Diese Stille folgte diesen föhlich, halb föherhaft gesprochenen Worten. Klaudy blickte in stummer Verlegenheit vor sich hin.

Majas Herz fand einen Augenblick still vor Schreck. Wie mahnungsfähig tatlos von Stork! ... Freilich, sie wußte ja nicht ...

Angewollt lachte ihr Blick sein Antlitz. Es war Meid, aber unbedeutend in seiner feineren Entschlossenheit. Die tiefen grauen Augen ruhten streng auf Stork, während die schmalen Lippen antworteten: „Sie haben ganz recht, gnädige Frau. Ich würde auch vor der Ehe meiner Eltern nicht Halt machen. Gleiches Recht für alle! Fiat justitia, et perat mundus! Das ist nicht nur das Motto meines Verases, sondern auch das meines Lebens!“

„Nein, o nein! Sagen Sie das nicht!“ rief Majas erschrocken und starrte ihn angstvoll an. „Das ist nicht mehr föhliche Tugend, sondern Härte und Verlogtheit!“ Aber alle Gerechtigkeit steht doch die Gnade! Wüh die Gnade stehen! Gerade Sie dürfen nicht so sprechen.“ Sie verstummte, befüßte über den trauenden Blick, der sie aus Grelts Augen getroffen hatte.

„Und warum gerade ich nicht?“

Majas Blick irrte schon an ihm vorüber. „Ich weiß nicht ... es kam mir so über die Lippen.“

Stork setzte doch den Fall, Ihre eigenen Eltern würden ... halten ...

„Nun? Warum fahren Sie nicht fort? Ich antwortete: Gleiches Recht für alle!“

„Ja, aber eben das dürfen Sie nicht sagen. Wie darf ein Kind rufen, das, was es nur lieben soll?“

„Wo darf nicht blind gegen Verirrungen sein ... falls solche bestehen sollten!“

Ein kalter Schauer lief durch Majas Leib und wandelte die Rollen auf ihren Wangen in tiefe Blässe. So dachte er? Konnte er dann überhaupt wissen, was Liebe ist?

„Wahre Liebe duldet alles, ist blind, hofft, glaubt und ... verehrt“, murmelte sie tonlos. „Wenn sie das nicht kann, ist sie nie Liebe gewesen!“

Vernd antwortete nicht. Aber Majas merkte mit tiefem Schauer, wie seine Hand, die bis dahin zärtlich neben der ihren gelegen hatte, leise und wie zufällig zurückgezogen wurde.

Stork lachte hell auf.

„Sie sind göttlich, Doktor! Der reine rocher de bronze! Ich gratuliere der Frau, die Sie einmal wählen werden, im voraus! Sie muß sehr schwindelfrei sein, wenn sie sich ihr Lebtag auf dem Weibelstall — oder soll ich sagen Hofierchemel? — erhalten will, auf dem Sie ihr den Wats arneifen. Auch Ihren Eltern ist zu gratulieren! Sie haben doch noch Eltern?“ sagte sie lauernd hinzu, denn die Stille vorhin und Majas erschrockener Blick, sowie ihre Verwirrung nachher waren ihr nicht entgangen.

„Ich habe nur noch die Mutter“, antwortete Vernd festlich schwer.

„Doo“, dachte Stork, „da stimmt etwas nicht! Wie amüant, wenn dieser Logabald ihr Moral in der eigenen Familie ein Nestchen hätte! Das muß ich herausbringen. Flamm wird es ja wissen.“

Tante Madeline, die nichts gemerkt hatte und Vernds Antlitz, wenn auch etwas streng, so doch sehr föhlich fand, bemerhte sich nun, das Gespräch wieder in trüblichere Bahnen zu lenken.

und Majas sah mit gütlichem Kopf da, ganz versunken in bestimmene Gedanken. Nur für war sehr zufrieden.

Nun würde Majas endlich merken, was die er Goller für ein Menfch war, und in welche bodenlose Dummheit sie sich zu stürzen im Begriff stand!

„Was hast du, Liebste?“ fragte er unsicher. „Du bist traurig? Habe ich dich irgenwie gekränkt?“

Der zärtliche Klang seiner Stimme ließ ihr Herz freudig aufklopfen, aber er zerstreute ihre Bangigkeit nicht.

„Nein, Vernd. Aber es tut mir weh, daß du so föhlich und hart über die Verirrter anderer Menschen urteilst.“ Es gibt ja gemiß viele böse Menschen auf Erden, aber siehst du, ich meine, Klaudy hat recht; man sollte die lieber trachten, auszugleichen, zu verstehen, und auf der rechten Seite zuzuführen, anstatt grundlos zu verdammern.“

„Sich selbst verurteilt sie nicht.“

„Auch der Irrstich das schwächliche Mitleid der Frau. Ein Mann, der Anspruch auf Charakter erhebt, darf nicht in sich nicht antworten lassen, wo es sich einfach um Recht oder Unrecht handelt!“

„Nicht Mitleid, die Liebe spricht aus mir!“ fuhr sie heftig auf. „Liebe, die im letzten Grund immer Erbarmen sein muß, will sie ihren Namen verdienen!“

„Liebes Kind ...“ aber Majas unterbrach ihn ereczt.

„Nein, laß mich ausprechen, Vernd! Was willst du? Was tust du? Die Menschen bestern oder glücklicher machen? Sollte dich, das nicht das Gegenstück eintrüben?“

„Nein, du bist unbedarft mit ihnen verfahren!“ Sie merben dir nicht dankbar sein, die Männer und Frauen, die du um eines Bräutlings willen auseinanderreißt! Die Kinder, denen du den elterlichen Verd zerstückst! Sie werden dich ansetz gegen dich wenden, und ihr Blut wird dem Dank ich und ihr Uend das Ziel, das du erreicht hast! Wir sind nicht da, um unsere Mitleidigen zu richten, sondern um sie zu lieben, ihnen beizustehen, zu helfen!“

(Fortsetzung folgt.)





# Der Ammerländer

(Vernsprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 1,02 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile. **Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Deutstag;** größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unerlangt eingelieferter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Jedes Unrecht auf Abatzt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagochristen bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 221.

Westerstede, Sonntag den 21. September 1919.

59. Jahrgang.

## Arbeitspflicht.

Es darf als Zeichen der Zeit bezeichnet werden, daß der Vorwärts, das Zentralorgan der Mehrheitssozialisten, einen Artikel veröffentlicht — seinen redaktionellen Inhalt, sondern den eines Abgeordneten zur preussischen Nationalversammlung, Wolff — der die Überschrift „Aufbauwirtschaft und Arbeitspflicht“ trägt, und lehrt nicht etwa ablehnt, sondern dringlichst fordert. „Unsere Regierung muß endlich den Arbeitsmangel konsequent durchzuführen“, so heißt es im Sperrdruck. Ein Zeichen der Zeit ist das sicherlich dafür, wie unumgänglich die Verhältnisse ohne den Arbeitsmangel seit der Revolution geworden sind; ein Zeichen aber auch hoffentlich dafür, daß die Mehrheitssozialisten dem Adel mit Entschlossenheit zu Leibe gehen wollen.

Nach im Frühling und Sommer dieses Jahres ist wiederholt von sozialdemokratischen Reichsministern Entschieden in Abrede gestellt worden, daß an die Einführung des Arbeitszwanges gedacht würde. Weshalb nicht darauf nachgedacht wurde, vertritt sich hinreichend deutlich aus einem Satz Wolffs: „Wir Mehrheitssozialisten dürfen aus Mitleid mit den Demagogenführern von links nicht vor der Konsequenz zurückweichen, die Arbeitspflicht für alle Arbeiter öffentlich mit aller Entschlossenheit zu proklamieren.“ In der Tat läßt sich ein anderer Grund als die Furcht vor der Verhetzung der Massen durch die Sozialisten nicht wohl gegen die Einführung der Arbeitspflicht, des Arbeitszwanges anführen. Und wir hoffen, darauf verzichten zu dürfen, daß solche Furcht nicht eine unbedingt notwendige Maßnahme verhindern wird.

Denn abermals hat Wolff recht und mehr als recht, wenn er schreibt: „Aber das muß schnell gehen. Mit Latzra und Weiblich, ehe es zu spät ist.“ Das „zu spät“ könnte uns näher sein, als man sich das gemeinhin vorstellt. Wir waren uns doch alle immer darüber einig, daß nach Beendigung des Weltkrieges eine ungeheure Wiederbaufarbeit in Deutschland einzusetzen haben würde — für die, nebenbei, alles Vorbereitbare vorbereitet war, bis die Revolution kam und alles über den Haufen rief. Jetzt ist der Krieg in einer Art zu Ende gegangen, die unmittelbar und in ihren Folgeresultaten das Wiederaufbauende ins Unentbehrliche verneht hat. Und was ist bisher wiedererlangt worden?

Wenn man sagt „Nichts“, so überstreift man noch. Denn tatsächlich sind wir lange nicht einmal mehr auf der wirtschaftlichen Höhe, auf der wir zur Zeit des Waffenstillstands-Abchlusses noch waren. Unsere Wörde nicht — nicht nur die an Kohlen, für die das oft genug mit Kohlen belegt worden ist — fast reines Aufgebraucht worden; ungeheure Summen sind, auf geistlichen und auf dem Eisenwege, für Lebens- und Genussmittel, namentlich auch für — Instandhaltung — Instandhaltungsgüter ins Ausland gegangen; und sehr hohe Werte an Instandhaltungsmaterialien sind für Reparaturen in das gleiche Ausland verflucht worden. Unsere Volkswirtschaft ist jetzt schon fast weggeblüht; und soll doch, wenn wir nicht alle zu Grunde gehen wollen; die ungeheuren Verluste überleben, die der Friedensvertrag uns zugunsten der Entente auferlegt.

Man kann deshalb schon sagen, daß es sich jetzt darum handelt, eine große wirtschaftliche Mobilisierung durchzuführen. Wolff sagt, ob „wir heute“, will heißen: der neue Staat, nicht so glücklich sein können wie der alte war, der die militärische Mobilisierung durchführte und im Hilfsdienstpflichtgesetz, trotz aller Mängel die richtige Durchführung des Prinzipes einer allgemeinen Arbeitspflicht“ sah. Ob das neue Deutschland so glücklich sein wird, wie es das alte war, wird sich zu erweisen haben. Aber das Annehmen eines solchen Planes ist weiter keine große Kunst. Das Wesentliche ist, den geistlichen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen. Und dabei kommt es weniger auf schöpferische Gaben an als — die Geschichte des Hilfsdienstpflichtgesetzes bietet dessen ein lehrreiches Beispiel — auf die Arbeitsamkeit von Willenskräften. Lloyd George in England hat gezeigt, wie man bereitwillig mit eigener Energie durchdringt.

Organisierung der Arbeit — Erzwängung des Arbeitsens: das ist die große Aufgabe, die gelöst werden muß, da sich erweisen hat, daß die bisherigen Antriebe zur Arbeit ohnmächtig geworden sind. Daß das jetzt von mehrheitssozialistischer Seite ausgesprochen, daß die Güte, die notiert, herabgehoben, der entsprechende Abbau der Erwerbslosenunterstützung gefordert wird, kann hoffnungsvoll stimmen. Immerhin wird man gut tun, abzuwarten, ob der Weg von den Worten zu Taten schneller zurückgelegt sein wird, als der von der Erkenntnis dieser Notwendigkeiten bis zu den ersten offenen Worten darüber leider zurückgelegt wurde.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Keine Aufhebung der Post- und Telegraphenüberwachung. Im Zusammenhang mit der leiserzeitlich veranlassenen Absicht, einen Umtausch des deutschen Papiergeldes aus finanziellen Gründen vorzunehmen, hatte der Reichsminister der Finanzen angekündigt, daß er die Post- und Telegraphenüberwachung im Verkehr mit dem Ausland, zum 1. Oktober d. J. aufheben würde. Da nun

der Umtauschplan infolge der von den vernommenen Sachverständigen geltend gemachten Bedenken aufgegeben worden ist, kann auch die Post- und Telegraphenüberwachung nicht beseitigt werden, sie bleibt vielmehr bis auf weiteres als Schutzmittel gegen die Kapital- und Steuerflucht in vollem Umfang bestehen.

Das Sinken der Mark fördert einen Regierungswahl. Im freien Verkehr in der Schweiz ist die Mark noch weiter zurückgegangen, und zwar auf 16 Centimes. In Genf wurden im freien Handel 15 Centimes für die Mark geboten. In Amsterdam ging die deutsche Valuta bis auf 8,75 Gulden vor hundert Mark herunter. In Brüssel verlautet, daß auch das noch nicht der letzte Stand sei. Die internationalen Finanzleute glauben, daß die gegenwärtigen Zustände in Deutschland einen halbtägigen Westermarsch erfordern, besonders nach der Ansicht der amerikanischen Bankiers.

Waffenstillstandsbruch der Polen. Die Polen haben unter Druck des Waffenstillstandes den Bahnhof Komin, an der Strecke Brichselge — Wismar, angegriffen. Wir hatten drei Tote und fünf Verwundete. Wie aus den Berichten der überlebenden Leute der von den Polen angegriffenen Festung Komin hervorgeht, haben die Polen den auf Polen stehenden Musketier Postort zunächst besetzt. Als die Polen schließlich zurückgehen mußten, haben sie die in Wismar befindlichen mitgenommen und etwa 400 Meter östlich der Wälder niedergelassen, ihn besetzt und aus aller nächster Entfernung durch einen Kopfschuß getötet.

Die Saararbeiter für das Deutschtum. In Saarfriden fand eine Massen-Bearbeitungsverammlung statt, die sich zu einer riesigen, eindrucksvollen Kundgebung für das Deutschtum gestaltete. Über 30.000 Vereigte versammelten im Anschluß an die Versammlungen einen Marsch mit Musik durch die Straßen der Stadt und sangen dabei patriotische Lieder. Französischerseits wagte man nicht, der patriotischen Kundgebung durch Einschreiten ein Ende zu machen.

Die christlichen Textilarbeiter für den Einheitsstaat. Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat sich in einem Beschluß zu dem Gedanken des deutschen Einheitsstaates bekannt. Sie betrachtet alle Beipflanzungsbestrebungen in erster Linie als eine Schwächung der wirtschaftlichen Gesamtziele, die für die Arbeiterarbeit von besonderem Nachteil ist, insoweit dieselben der Verbotsangst auch alle Bestrebungen, die auf eine Bereicherung der Einheit des Reiches hinführen.

Wahlergebnis in Weimar. Die Bezirksauswahlmahlen im Staate Weimar hatten folgendes Ergebnis: Thüringer Bauernbund (Deutschnationale Volkspartei), Deutsche Volkspartei und Bund der Landwirte 24 Sitze, Demokraten 4 Sitze, Sozialdemokraten 15 Sitze, Unabhängige Sozialdemokraten 3 Sitze, Zentrum 3 Sitze.

Parteilosenputsch in Braunschweig. In Braunschweig kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und parteilosen Elementen. Die Schwinnanstellungswache wurde in der zehnten Wundrunde aus dem nahen Walde beschossen und ein Mann der Reichswehr an der Hand verwundet. Zusammenstöße zwischen einzelnen Reichswehrlenten und Gendarmen am Hauptbahnhof hatten dort große Menschenansammlungen zur Folge, die durch eine Abteilung Reichswehr zerstreut wurden. Der Hauptbahnhof wurde durch eine Wache gesichert. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu kurzen Verärgernissen einzelner Reichswehrlenten. In den Straßen und öffentlichen Anlagen fielen Schüsse. Die Vorgänge sind augenscheinlich planmäßig von parteilosen Seite hervorgerufen. Es wurden mehrere Maroden mit roten Bändern beobachtet.

Der rheinische Zentrumsparteitag fordert in einer Entschließung die Schaffung gleichberechtigter und möglichst gleichwertiger Länder innerhalb des Reiches mit weitgehender Selbstverwaltung. Im Falle, daß das ausbleibe, können die Bestimmungen der Bildung neuer Bundesstaaten nach Artikel 19 der Reichsverfassung wieder aufgenommen werden. Die deutsche Reichsverfassung wird rückhaltlos anerkannt. Der Parteitag erwartet jedoch, daß die Reichsregierung und die Volksvertretung die in Artikel 167 vorsehende uneingeschränkte Sperrfrist nicht aufrecht erhalten werden, falls die nationalen Notwendigkeiten und die rheinischen Lebensinteressen in Zukunft ihre sofortige Beilegung erfordern sollten. Für die Zwischenzeit wird eine weitgehende Autonomie gefordert. Wer die Lösung vom Reiches anstrebt, schädigt die Interessen der rheinischen Bevölkerung und stellt sich außerhalb der Zentrumspartei.

Neueinrichtung des Auswärtigen Amtes. Wie verlautet, ist die seit langem geplante Neueinrichtung des Amtes eines ständigen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes neben dem Minister nach englischem Muster nunmehr beschlossen worden. Der Staatssekretär, dem die innere Verwaltung des Amtes untersteht und der das Verbindliche zwischen dem Minister und dem Amte darstellen soll, wird aus der Diplomatie entnommen werden. Welche Verbindlichkeit als erster Leiter des neuen Amtes bestimmt werden wird, ist noch nicht festgelegt. In unterrichtlichen Kreisen wird angenommen, daß der Vorsitzende der Friedenskommission Graf Bernstorff auf diesen Posten berufen werden wird.

Die Nichtstiftung zum Artikel 61. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat die Unterzeichnung des Protokolls zur Nichtstiftungserklärung des Artikels 61 genehmigt. Die Nichtstiftungserklärung wird dem Orient durch den Reichsminister in Berner mitteilen lassen, daß Deutschland ihrem Entschluß nachkommen wird.

### Holland.

Aussehen erregender Ausritt des belgischen Geistes. Der belgische Gelehrte in Holland, de Swart, hat seine Überlegung erbeten. Der Austritt des Gelehrten hängt mit der Verschärfung zusammen, die der zeitlich-holländische Konflikt in der letzten Zeit erlitten hat. Die Chronik, mit der die Königin Wilhelmina das neue Stützpunkt der holländischen Generalstaaten eröfnete, sprach ausdrücklich von der Beeinflussung der Beziehungen zu Belgien durch die schwebende Streitfrage, es ist anzunehmen, daß de Swart, der erst kürzlich den Posten im Haag übernommen hat, sein Amtsbüro mit unmittelbarem Zusammenhang mit der gegen Belgien gerichteten Chronik ausgeprochen hat.

### Großbritannien.

Neue Revolution in Ägypten. Die Leitung des Ausschusses der Nationalen Ägyptischen Partei teilt mit, daß die ägyptische Revolution von neuem eingeleitet habe. Die blutige Unterdrückung der letzten Erhebung in Kopten durch die englischen Behörden habe zu einem Zustand des ägyptischen Volkes ohne Unterschied der Klassen geführt.

### Italien.

Die theatralischen Entschädigungsforderungen Frankreichs. Der Mailänder „Corriere della Sera“ berechnet nach der Methode des französischen Finanzministers Kloss die Entschädigungen, die Deutschland Italien zu zahlen hätte, bei Zahlung innerhalb 86 Jahren und Verzinsung mit 5 % Zinsen auf ungefähr zweihundert Milliarden Frank. Die Zeitung betont aber, daß Kloss' Summen rein fiktiv sind und „etwas theatralisch aufgeblasen“. Gemäß dem Vertrag leben aber den anderen kriegführenden Staaten dieselben Rechte auf Entschädigung zu wie Frankreich, und wenn Deutschland nicht inständig sein sollte, alles zu bezahlen, so muß nach dem Vertrag eine Reduktion der Summe gleichmäßig alle Verbündeten treffen. Frankreich habe keinerlei Anspruch auf Vorkort oder Beihilfen, mit Ausnahme der zwanzig Millionen Franken Kohlen bis zu dem Zeitpunkt, wo die französischen Bergwerke wiederhergestellt sein werden.

### Aus In- und Ausland.

Sofort. Die Abhaltung unter den schweizerischen Arbeitern ergab Ablehnung des Bolschewismus mit bedeutender Stimmenmehrheit.

Paris. Ein Erlass des französischen Kriegsministers bestimmt, daß die alle französische Uniform, namentlich die rote Ärmel, einheitlich abgeschafft und durch die jetzige graublaue Felduniform ersetzt wird.

London. Die „Daily Mail“ schreibt, daß in englischen Handelskreisen die Überzeugung immer mehr Raum gewinnt, daß Japan auf den weltlichen Märkten ein sehr böser Konkurrent werden wird.

London. Das Reichsische Bureau meldet aus Peking, daß der Kriegsaufstand zwischen China und Deutschland durch Erlasse für beendet erklärt wurde.

Wien. Die Post- und Telegraphenangelegenheiten beschlossen den Generalstreik, wenn die Regierung ihre Forderung nicht binnen 24 Stunden erfüllt.

Genau. In Nivolaio Mour brach in einem Lagerhaus ein Brand aus, der Baumwollvorräte im Werte von fünf Millionen Lire zerstörte.

Madrid. Die Untersuchungsakten gegen die Mannschaft des deutschen U-Bootes 48, die angeklagt ist, das U-Booteboot verlegt zu haben, wurden dem obersten Kriegs- und Marinegericht überreicht.

Mosk. 10.000 Verurteilte des Kohlenberwerkes Kletn-Mosk in die in den Auslande getreten und verlangen einer Tageslohn von 18 Frank und Anerkennung der Gewerkschaften.

Paris. Präsident Comore wird am 14. Oktober zum Besuch des englischen Königs in London eintreffen. In Duangtam-Bahat abfliegen und zwei Tage dort verbringen.

Der bulgarische Friedensvertrag. Der Oestliche Rat der Alliierten, der jetzt in eine diplomatische Konferenz umgewandelt wurde, hat die bulgarischen Friedensverträge einstimmig angenommen. Es ist beschlossen worden, daß Briten Griechenland zufallen und die Bulgaren freien Zugang zum Ägäischen Meer erhält, und zwar unter später festzulegenden Bedingungen.

Unsere diplomatischen Beziehungen zu Italien. Ungarn. Die italienische Regierung hat bei uns, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland vom 15. Oktober ab wieder aufzunehmen.

Verschiedene Meldungen. Span. „Nouvo Courant“ meldet aus Washington, daß Lansing sich demokret hat, eine Erklärung über die Beziehungen Bullitts abzugeben.

Paris. Eine Encre Grosse wurde zum britischen Besondereinmächtigen im Bünerrat mit dem Range eines Vizekonsuls ernannt.